

Positionspapier

Genug, gesund, global gerecht.

Gesundes Essen gibt es nur auf einer gesunden Erde

Schon heute wird genug Nahrung produziert, um die gesamte Weltbevölkerung zu ernähren. Trotzdem ist die Zahl der hungernden Menschen zwischen 2017 und 2022 insbesondere in ärmeren Ländern von 572 auf 735 Millionen Menschen gestiegen.¹ Auch wo Nahrung im Überfluss vorhanden ist, bedeutet das nicht automatisch Gesundheit: Weltweit leiden immer mehr Menschen an ernährungsassoziierten Krankheiten aufgrund von Fehlernährung. So haben in Deutschland mittlerweile 8,7 Millionen Menschen Typ-2-Diabetes² und 17 Millionen Menschen sind adipös³. Wie wir uns ernähren und wie unsere Lebensmittel produziert werden, ist aber nicht nur ungesund für uns, sondern auch den Planeten. Das globale Agrar- und Ernährungssystem verursacht bis zu einem Drittel der globalen Treibhausgasemissionen und ist Haupttreiber des Biodiversitätsverlusts.⁴ Landwirt:innen spüren die Folgen schon jetzt – Hitzewellen, Dürren und Starkregen bedrohen ihre Lebensgrundlagen in Deutschland, aber vor allem in einkommensschwachen Ländern des Globalen Südens.

Die Zusammenhänge dieses globalen Agrar- und Ernährungssystems sind komplex, eine Schlussfolgerung ist jedoch einfach: Dieses System ist ungesund und ungerecht für uns Menschen und die Erde. Am stärksten betroffen sind wie so häufig die verletzlichsten Mitglieder der Weltgemeinschaft – Frauen, Kinder, ärmere Menschen und kleine Betriebe. Eine Transformation ist dringend notwendig. Das wird nicht einfach, birgt aber enormes Potential für wirtschaftliche und politische Stabilität, Sicherheit und bessere Gesundheit für Mensch und Erde. Entscheidend ist die partnerschaftliche Zusammenarbeit aller Akteur:innen auf Augenhöhe, um Gerechtigkeit auf allen Ebenen zu gewährleisten. Die Bundesregierung muss dafür die politischen Rahmenbedingungen schaffen. In Deutschland braucht es eine planbare, sozial gerechte sowie ökonomisch und ökologisch nachhaltige Transformation der Landwirtschaft und eine gesunde Ernährungsumgebung. Aber auch international muss Deutschland als wirksamer Akteur in der internationalen Agrar- und Ernährungspolitik aktiv werden. Ein Großteil der Produkte, die in unseren Supermarktregalen stehen, kommt nicht von hier, sondern häufig aus besonders klimavulnerablen Regionen. Gerade die ärmsten Länder sind besonders stark vom Klimawandel betroffen, obwohl ihr Beitrag zu dieser Krise am kleinsten ist. Diese Länder gilt es bei der Anpassung zu einer klimaresilienten Landwirtschaft besonders zu unterstützen. Denn wie wir in der Pandemie gelernt haben: Gesundheit ist ansteckend. Und „global“ bedeutet immer auch hier.

Mit diesem Positionspapier wollen wir über den Tellerrand blicken und Vorschläge aufzeigen, wie die Bundesregierung ihren Beitrag für gesunde Ernährung auf einer gesunden Erde leisten kann. Denn 2024 wird Agrar- und Ernährungspolitik weltweit eine große Rolle spielen. In Deutschland bestimmen Bauernproteste die Agenda und werden in drei Landtagswahlen und der Europawahl zentrale Themen sein. Global werden Ernährungssicherheit und -souveränität sowie Finanzierungsfragen bei der COP29 in Baku, der G20 in Brasilien und der G7 in Italien zentrale Fragestellungen sein. Die Bundesregierung muss zeigen, dass sie eine gesunde und nachhaltige Transformation in Deutschland anstoßen kann und gewillt ist, ihrer Verantwortung nachzukommen und ärmere Länder bei der Transformation zu unterstützen.

¹ [FAO \(2022\): Putting a number on hunger. Different measures for different purposes.](#)

² [Deutsche Diabetes Gesellschaft und Deutsche Diabetes-Hilfe \(2023\): Deutscher Gesundheitsbericht Diabetes 2023.](#)

³ [Deutsche Adipositas Gesellschaft \(2024\): Was wir tun.](#)

⁴ [FAO \(2022\) Greenhouse gas emissions from agrifood systems. Global, regional and country trends, 2000-2020.](#)

Das Wichtigste vorweg

Eins ist klar: Eine gerechte und gesunde Transformation des Agrar- und Ernährungssystems erfordert globale Anstrengungen aller Beteiligten – von der Konsumentin, über den Landwirt, bis zum Lebensmitteleinzelhandel und großen Agrarkonzernen. Die Bundesregierung hat die besondere Verantwortung, förderliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Folgend einige wichtige Maßnahmen:

Das Fundament: Biosphäre & Klima

1. **Landwirtschaft ökologisch & ökonomisch transformieren**, d.h. in Deutschland die Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft umsetzen und global nachhaltige Landwirtschaft fördern.
2. **Landwirtschaft anpassen**, d.h. Anbausysteme diversifizieren, klimaresistente Pflanzenarten fördern und Klimafinanzierung anheben sowie die Anpassungsfinanzierung bis 2025 verdoppeln.
3. **Nachhaltige Landnutzung fördern**, d.h. nachhaltige Raum- und Landschaftsplanung zum Kern der Agrarpolitik in Deutschland und weltweit machen.
4. **Tierhaltung reformieren**, d.h. die Empfehlungen des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung umsetzen und Finanzierungslösungen für die Transformation von tierhaltenden Betrieben finden.
5. **Fischerei & Aquakulturen ökologisch regionalisieren**, d.h. ökosystemgerechte Fangmethoden umsetzen, Fangverbote durchsetzen und lokale fischverarbeitende Betriebe fördern.

Der soziale Zusammenhalt: Gesellschaft & Menschen

1. **Ernährungsstrategie konsequent umsetzen und ausbauen**, d.h. konkrete Maßnahmen, Zielvorgaben und Finanzierungsmöglichkeiten entwickeln.
2. **(Klima-)gesunde Gemeinschafts- & Außer-Haus-Verpflegung etablieren**, mit Fokus auf regionale, ökologisch nachhaltigere Produkte und sozialverträgliche Preise.
3. **Mehr Bildung für (klima-)gesunde Ernährung ermöglichen**, d.h. mehr Wissen über gesunde und nachhaltige Ernährung sowie nachhaltige ökologische Landwirtschaft fördern.
4. **Ungesunde Werbung regulieren**, d.h. Werbemaßnahmen für ungesunde und umweltschädigende Lebensmittel, insbesondere jene, die sich an Kinder richten, einschränken.
5. **Forschung & Innovation fördern**, insbesondere für nachhaltige Nahrungsmittelproduktion und Landbewirtschaftung, alternative Proteine, Resilienz von proteinhaltigen Pflanzen und Digitalisierung der Landwirtschaft. Technologietransfer an den globalen Süden ist entscheidend.
6. **Multilateralismus für Ernährungssicherheit & -souveränität stärken**, d.h. resiliente Landwirtschaft in internationalen Organisationen wie FAO, WFP, IFAD und den UN-Klimaverhandlungen fördern.
7. **Konfliktprävention ins Zentrum stellen** und Etats für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe nicht weiter kürzen.

Die wirtschaftliche Teilhabe: Ökonomie & Konsum

1. **Regionale Betriebe fördern**, d.h. Interessen von kleinen Betrieben gegenüber Lebensmittel- und Agrarkonzernen stärken, Importabhängigkeiten abbauen und lokale Ernährungssicherheit fördern.
2. **Faire Löhne & Preise für Landwirt:innen schaffen**, d.h. auf faire Erzeugerpreise und existenzsichernde Löhne in der Landwirtschaft in Deutschland als auch global fokussieren.
3. **Besteuerung klug umstrukturieren**, unter anderem die Mehrwertsteuer auf gesunde und nachhaltige Lebensmittel wie Obst, Gemüse oder Hülsenfrüchte dauerhaft senken.
4. **GAP & Agrarsubventionen am Gemeinwohl orientieren**, d.h. landwirtschaftliche Produktion am Gemeinwohl und Umweltschutz orientieren und dafür fair entlohnen.

Inhalt

Unsere Vision: Genug, gesund, global gerecht	4
Verantwortung und Rolle Deutschlands.....	5
Was haben wir also zu gewinnen?.....	7
Unsere Forderungen	9
Das Fundament: Biosphäre & Klima	9
Der soziale Zusammenhalt: Gesellschaft & Mensch	10
Die wirtschaftliche Teilhabe: Ökonomie & Konsum.....	12

Impressum

Stiftung Gesunde Erde Gesunde Menschen gGmbH

Mohrenstraße 34

10117 Berlin

Telefon: +49 (0) 30 206 711 46

E-Mail: kontakt@stiftung-gegm.de

Website: <https://stiftung-gegm.de/>

Autor:innen

Donald Sandmann, Katharina Weiss-Tuider, Sophie Kregel, Hannah Müller

Mit Unterstützung von Léa Glasmeyer, Sergius Seebohm von seebohm.berlin

März 2024

Unsere Vision: Genug, gesund, global gerecht

Wir fordern ein gerechtes Agrar- und Ernährungssystem für gesunde Menschen auf einem gesunden Planeten. Dieses System muss ausreichend nahrhafte Lebensmittel für alle bereitstellen, ohne die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Grundlagen für die Ernährungssicherheit und -souveränität jetziger und künftiger Generationen zu gefährden. Das Agrar- und Ernährungssystem umfasst dabei das gesamte Spektrum der Akteur:innen und ihrer miteinander verknüpften wertschöpfenden Aktivitäten, die an der Produktion, der Ansammlung, Verarbeitung, dem Handel, Konsum und der Entsorgung von Lebensmitteln beteiligt sind, sowie Teile des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und natürlichen Umfelds, in das sie eingebettet sind. Dieses System besteht aus Teilsystemen (z. B. in der Landwirtschaft, Abfallwirtschaft usw.) und interagiert mit anderen Systemen (z. B. Energiesysteme, Handelssysteme, Gesundheitssysteme usw.).

Ein gerechtes und gesundes Agrar- und Ernährungssystem muss folgende Funktionen erfüllen:

1. **Biosphäre & Klima:** Es bewahrt und unterstützt die biologische Vielfalt, das Wohlergehen der Tiere und den Klimaschutz, denn es ist von intakten Ökosystemen und stabilen klimatischen Bedingungen abhängig. Darüber hinaus trägt es aktiv dazu bei, Ökosysteme wieder herzustellen und zu schützen. Es nutzt natürliche Ressourcen schonend und produziert im Einklang mit den Grenzen unseres Planeten. Gleichzeitig verfügt es über ein hohes Maß an Resilienz gegenüber sich rasant verändernden klimatischen Bedingungen.
2. **Gesellschaft & Menschen:** Es gewährleistet weltweit den Zugang zu genug nahrhaften Lebensmitteln für alle. Es fördert eine Ernährungsumgebung, die gesundheitsfördernd und umweltschonend ist, und leistet einen Beitrag zur Reduzierung von Armut und Konflikten. Es ermutigt und befähigt Menschen dazu, sich gesund und nachhaltig zu ernähren. Durch Bildung und Forschung werden wichtige Informationen und Innovationen erarbeitet, um das System nachhaltiger zu machen. Nur eine ausreichend gesund ernährte und ausgebildete Gesellschaft kann die Transformation des Agrar- und Ernährungssystems stemmen.
3. **Ökonomie & Konsum:** Es fördert attraktive, sichere und faire Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten, speziell für kleinere landwirtschaftliche Betriebe. Landwirt:innen erfahren insgesamt mehr finanzielle und gesellschaftliche Wertschätzung. Umweltkosten werden internalisiert, während positive ökologische Beiträge der Landwirtschaft entsprechend gewürdigt werden. Gleichzeitig werden die erhöhten Aufwendungen für eine gesunde und nachhaltige Ernährung durch soziale Ausgleichsmechanismen abgemildert.

Im Einklang mit der Agenda 2030 und der Integration der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) erfordert diese Vision eine ganzheitliche Betrachtungsweise. Eine effektive Umsetzung erfordert kooperative Anstrengungen, die Akteur:innen aus der Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft einbezieht. Die Bundesregierung ist gefordert, eine Vielzahl von Maßnahmen (Subventionen, Steuerpolitik und regulative Vorgaben), Politikbereiche (Landwirtschaft, Ernährung, Umwelt, Bildung oder Entwicklung) sowie Verwaltungsebenen (lokal, regional, national und international) miteinander zu verzahnen.

Wie im SDGs Report 2023 der Vereinten Nationen hervorgehoben, ist es neben der Beachtung der Wechselwirkungen zwischen den SDGs essenziell, alle Dimensionen von Gerechtigkeit, inklusive Verteilungs-, Verfahrens- und intergenerationelle Gerechtigkeit, intensiver zu verfolgen. Ein Schwerpunkt muss auf der Förderung von Geschlechtergerechtigkeit liegen, da Frauen und Mädchen besonders stark von Diskriminierung und klimabedingten Extremwetterereignissen betroffen sind. Weltweit sind mehr als

40 Prozent der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft weiblich.⁵ Es gibt jedoch große regionale Unterschiede, gerade in einkommensschwachen Ländern ist der Anteil häufig größer und weniger formalisiert. Gleichzeitig haben Frauen schlechteren Zugang zu Land, landwirtschaftlichen Betriebsmitteln, Bildung, Krediten und eine weitaus geringere Entlohnung. Bei der Entwicklung und Umsetzung von politischen Maßnahmen ist daher sicherzustellen, dass die Maßnahmen sowohl effektiv zur Reduzierung von Geschlechterungleichheiten beitragen als auch die Resilienz von Frauen gegenüber klimatischen und ökonomischen Krisen stärken.

Aber auch Gerechtigkeit zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden muss ein zentrales Ziel sein. Menschen des Globalen Nordens belasten mit ihrer Ernährung den Planeten deutlich stärker als die des Globalen Südens und sind zugleich weniger stark von den ökologischen Folgen betroffen. Länder wie Deutschland müssen für die von ihnen verursachten Umweltschäden aufkommen. Einerseits müssen sie bei der Reduktion von Treibhausgasen politisch und finanziell unterstützen, andererseits bei der Anpassung an veränderte klimatische Bedingungen und bei Bewältigung von Schäden und Verlusten. Der 2023 initiierte Loss & Damage Fund ist ein gutes Signal, wobei die bisher zugesagte Finanzierung nicht ansatzweise dem Bedarf entspricht. Ähnlich ist es bei der Finanzierung von Klimaanpassung: Laut UNEP ist die Finanzierungslücke inzwischen auf 194 bis 366 Milliarden US-Dollar pro Jahr gewachsen. Der Agrarsektor ist dabei neben Wasser und Infrastruktur in den meisten Entwicklungsländern ein vorrangiger Sektor für die im Rahmen der Nationalen Klimabeiträge (NDCs) oder Nationalen Anpassungspläne (NAPs) angekündigten Finanzierungsbedarfe.⁶

Um die Vision von genug, gesund und global gerechter Ernährung für alle zu erreichen, braucht es also eine ganzheitliche Betrachtung der politischen Maßnahmen und eine kooperative Zusammenarbeit aller Beteiligten, bei der alle Gerechtigkeitsdimensionen beachtet werden.

Verantwortung und Rolle Deutschlands

National

- Gesellschaftlicher Konsens und Proteste fordern politisches Handeln
- Existierende Kommissions-Empfehlungen konsequent umsetzen
- Mittel für die Transformation bereitstellen – als Investition in die Zukunft

Global

- Einsatz für Ernährungssicherheit, Klimaschutz und -anpassung fortsetzen und ausbauen
- Internationalen Verpflichtungen und Zusagen nachkommen
- Dem Verursacherprinzip Rechnung tragen und Geschädigte unterstützen

Reiche Länder wie Deutschland tragen eine besondere Verantwortung, gerechtere Agrar- und Ernährungssysteme zu fördern: Sie sind Hauptverursacher der globalen Erwärmung und des Verlusts an Biodiversität und dominieren die weltweiten Produktions- und Konsummuster. Was in diesen Ländern gegessen wird und in den Kühlregalen ausliegt, bestimmt maßgeblich globale Produktion von Lebensmitteln. Als Verfechter der internationalen, regelbasierten Ordnung und Zusammenarbeit, der Menschenrechte, als große Exportnation und weltweit hochangesehener Handelspartner mit einer historischen Verantwortung muss Deutschland eine Schlüsselrolle bei der Transformation einnehmen.

⁵ [FAO \(NA\): Reduce Rural Poverty. Women in agriculture.](#)

⁶ [UNEP \(2023\): Underfinanced. Underprepared. Adaption Finance Gap Update 2023.](#)

Im Koalitionsvertrag der Ampelkoalition werden Multilateralismus und internationale Zusammenarbeit als entscheidende Hebel identifiziert, um globale Krisen zu bewältigen. Das ist gut so. In der Zusammenarbeit mit vorrangig einkommensschwachen Ländern engagiert sich Deutschland schon lange in Initiativen zur Stärkung der Ernährungssicherheit. Diese Partnerschaften ermöglichen den Austausch und die Optimierung von technischem Fachwissen, finanziellen Mitteln und Erfahrungen im Bereich gerechter und nachhaltiger Agrar- und Ernährungssysteme. Darüber hinaus hat die Bundesregierung während der deutschen G7-Präsidentschaft mit der *Global Alliance for Food Security* ein wichtiges Bündnis geschaffen, um auf immer akutere Hungerskrisen zu reagieren. Zudem kann Deutschland seine Position in zwischenstaatlichen Zusammenschlüssen wie den Vereinten Nationen, der EU und anderen multilateralen Einrichtungen nutzen, um ein gerechteres Agrar- und Ernährungssystem auf der globalen Agenda zu verankern. Die Bundesregierung ist nach eigenen Angaben seit 2016 der zweitgrößte Geldgeber für das Welternährungsprogramm WFP und der viertgrößte Geldgeber für die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO.⁷ Auch im internationalen Klimaschutz werden wichtige Weichen für eine nachhaltige Transformation der Landwirtschaft in ärmeren Ländern gesetzt.

Entscheidend ist vor allem die Bereitstellung von ausreichend Finanzierung von Maßnahmen, die die Resilienz der landwirtschaftlichen Produktion stärken. Reiche Industriestaaten haben sich bereits 2009 dazu verpflichtet, ab 2020 jährlich 100 US-Dollar für internationale Klimafinanzierung zu mobilisieren. Dieses Ziel wurde sowohl 2020 als auch 2021 verfehlt.⁸ Für 2022 und 2023 sieht es so aus, als ob das Ziel erfüllt wurde. Dieses Jahr muss bei der COP29 in Baku ein neues Finanzierungsziel für den Zeitraum ab 2025 festgelegt werden. Die Bundesregierung hat bereits 2021 während des G7-Gipfels in Cornwall zugesagt, ab 2025 jährlich sechs Milliarden Euro bereitzustellen. Nach eigenen Angaben hat Deutschland dieses Ziel 2022 mit 6,39 Milliarden Euro an Haushaltsmitteln (und Schenkungsäquivalenten von Darlehen) erfüllt.⁹ 2023 wird dieses Ziel vermutlich direkt wieder verfehlt. Aufgrund der schwierigen Haushaltslage zeichnet sich nun auch immer deutlicher ab, dass die Bundesregierung bei ihren internationalen Verpflichtungen drastische Einsparungen vornehmen wird. Schon im Haushalt für 2024 wurde der für internationale Agrar- und Ernährungspolitik entscheidende Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung um fast 10 Prozent gekürzt, bei humanitärer Hilfe waren es sogar knapp 20 Prozent. Bei der Aufstellung des Haushalts für 2025 drohen noch umfassendere Kürzungen. All das gefährdet Deutschlands internationales Ansehen und Glaubwürdigkeit als Verfechter des Multilateralismus. Es widerspricht den Zusagen und dem Selbstverständnis der Bundesregierung. Und es untergräbt die Politik für gerechtere und gesunde Agrar- und Ernährungssysteme weltweit, von denen auch Deutschland profitieren würde.

Doch nicht nur international braucht es weiterhin politischen Einsatz. Auch in Deutschland ist eine planbare, sozial gerechte sowie ökonomisch und ökologisch nachhaltige Transformation der Landwirtschaft und Ernährungsumgebung schon lange auf der Agenda und wird wie zuletzt bei den Bauernprotesten vehement von Landwirt:innen und der Bevölkerung eingefordert. Landwirt:innen haben viele berechtigte Sorgen – ihre schlechte Marktposition in den Vertriebsketten, niedrige Erzeugerpreise, hoher bürokratischer Aufwand und natürlich immer extremere Wetterbedingungen aufgrund des Klimawandels, die die schon jetzt geringe Planungssicherheit weiter verschlechtern. Schon die letzte Bundesregierung hat den politischen Handlungsbedarf erkannt, 2019 das Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung einberufen und 2020 die Zukunftskommission Landwirtschaft. Beide Kommissionen waren besetzt mit Vertreter:innen aller wichtigen Akteur:innen aus der ökologischen und konventionellen Landwirtschaft, Wirtschaft, Umwelt-, Natur-, Tier- und Verbraucherschutz sowie der Wissenschaft. Die

⁷ [Permanent Representation of the Federal Republic of Germany to the UN Organizations in Rome \(2024\): World Food Programme.](#)

⁸ [OECD \(2024\): Climate Finance and the USD 100 Billion Goal.](#)

⁹ [BMZ \(2023\): Deutschland übertrifft Klimafinanzierungsziel für Schwellen- und Entwicklungsländer.](#)

umfassenden Abschlussberichte und Handlungsempfehlungen wurden jedoch bis heute nicht umfassend umgesetzt. Das ist eine vertane Chance, da selten so großer Konsens unter heterogenen Interessensgruppen bei konkreten agrarpolitischen Lösungsvorschlägen herrschte. Ähnlich wie bei den internationalen Verpflichtungen Deutschlands scheitert es auch in Deutschland primär an der politischen Bereitschaft, die notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen. Die Bundesregierung muss erkennen, dass diese Ausgaben eine Zukunftsinvestition sind – eine Investition in Gesundheit und Wohlergehen.

Was haben wir also zu gewinnen?

Die Vorteile auf einen Blick

- Gesundere Tiere, Böden und Ökosysteme, geringere Treibhausgasemissionen sowie Belastung des Grundwassers
- Gesundere Menschen durch Sicherstellung und Förderung einer ausreichend nahrhaften, Gesundheit fördernden Ernährung
- Gute partnerschaftliche Beziehung mit (potenziellen) Handelspartnern und damit Stärkung der eigenen wirtschafts- und sicherheitspolitischen Interessen
- Mehr Ernährungssicherheit und -souveränität weltweit und Stabilisierung der Lebensgrundlage und Perspektiven von Menschen in bedrohten Regionen
- Wertschätzung der Landwirt:innen für ihre Leistungen zum Schutz des Gemeinwohls und der Natur

In aller Kürze: Genug, gesund, global gerechte Ernährung für alle auf einem gesunden Planeten. Ein nachhaltigeres und gerechteres Agrar- und Ernährungssystem hat ein gesamtgesellschaftliches Potential. Es kann dazu beitragen, dass nicht nur die Menschen gesünder werden, sondern auch landwirtschaftliche Betriebe, und zwar wirtschaftlich und ökologisch. Überall auf der Welt kann eine ressourcenschonende, resilientere Agrarproduktion die Gesundheit der Tiere sowie die Qualität des Wassers, der Böden, Luft und Ökosysteme verbessern und dabei besser mit klimabedingten Extremwetterereignissen umgehen.

Eine resilientere landwirtschaftliche Produktion kann gerade bei der Förderung wirtschaftlicher Stabilität eine wichtige Rolle spielen. Mehr als 50 Prozent der Arbeitskräfte in einkommensschwachen Ländern arbeiten in der landwirtschaftlichen Produktion, insbesondere in kleinbäuerlichen Betrieben.¹⁰ Viele dieser Familien leben in extremer Armut oder sind akut von Armut bedroht. Schocks durch klimabedingte Extremwetterereignisse haben für sie oft eine verheerende ökonomische und soziale Wirkung. Eine angepasste, klimaresilientere Landwirtschaft kann die Lebensgrundlage und Perspektiven von Millionen von Familien in ihrer Heimat stabilisieren. Die von der niederländischen Regierung einberufenen *Global Commission on Adaptation* ermittelte beispielsweise, dass die Gesamtrendite von Investitionen in Anpassungsmaßnahmen extrem hoch ist – jeder investierte US-Dollar kann zwischen zwei bis zehn US-Dollar Rendite erbringen.¹¹ Diese Investitionen sind keine Einbahnstraße, Deutschland profitiert ebenfalls. Durch den Aufbau stabilerer Partnerländer werden gleichzeitig auch die eigenen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen gestärkt. Gerade die Landwirtschaft spielt hierbei eine wichtige Rolle als einer der bedeutendsten Wirtschaftszweige in vielen einkommensschwachen Ländern. Darüber hinaus ist es in der aktuellen geopolitischen Lage und Exportnationen dringend notwendig und ein Kernanliegen, gute Beziehungen zu Entwicklungsländern in aufstrebenden Regionen der Welt aufrechtzuerhalten. Gerade weil andere Staaten wie China und Russland ihren Einfluss in vielen dieser Länder weiter ausbauen.

¹⁰ [ILO \(2022\): The least developed countries. Crisis, structural transformation and the future of work. ILC110/Report I\(B\).](#)

¹¹ [WRI \(2019\): Global Commission on Adaption. Adapt Now Report.](#)

Darüber hinaus stärkt eine regionalisierte Förderung nachhaltiger landwirtschaftlicher Produktion und klimaresilienter Landwirtschaft nicht nur Ernährungssicherheit und -souveränität vor Ort, sondern reduziert auch das Risiko von Versorgungslücken und Preisschwankungen auf internationaler Ebene. Aktuell liefern zehn Nutzpflanzen 83 Prozent der weltweiten Nahrungsmittelkalorien und beanspruchen 63 Prozent der globalen Anbaufläche – jedoch werden davon nur 37 Prozent für den direkten menschlichen Verzehr beansprucht.¹² Der Großteil wird von einigen wenigen Staaten angebaut und in Futtermitteln, Biokraftstoffen, Textilien, Arzneimittel oder andere Produkte weiterverarbeitet. Wird die Produktion auf mehr Staaten verteilt und der Fokus stärker auf den nachhaltigen Anbau und Verzehr von Agrarprodukten vor Ort gelegt, bringt das sowohl regionale als auch global positive Effekte mit sich.

Auch in Deutschland kann ein gerechteres Agrar- und Ernährungssystem das Gemeinwohl verbessern und dabei die Gesundheit von Mensch, Natur und Tieren schützen. So liegt die mittlere Artenzahl von Ackerwildkräutern bei ökologischer Landwirtschaft um 95 Prozent höher als bei konventioneller, es finden sich dort 35 Prozent mehr Feldvogelarten und 23 Prozent mehr blütenbesuchende Insekten.¹³ Durch eine ressourcen- und umweltschonendere Landwirtschaft mit geringerem Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden werden zudem Oberflächengewässer und Grundwasser geschont. Das ist gerade in Deutschland wichtig, denn im Mittel liegt der bilanzierte Stickstoffüberschuss hier bei mehr als 80 Kilogramm pro Hektar pro Jahr – der Zielwert der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie liegt bei maximal 70 Kilogramm.¹⁴ Der Schutz unserer Böden, dem Wasser und der biologischen Vielfalt sind ein großer Mehrwert an sich, ihre Funktionsfähigkeit ist aber auch für die landwirtschaftliche Produktion selbst entscheidend –bspw. für Bestäubung, Bodenfruchtbarkeit, Kontrolle von Schaderregern u.v.m..

Auch der monetäre Vorteil wäre immens. Es stimmt zwar, dass die Transformationskosten beachtlich sind, doch ist das Teuerste, was wir jetzt tun können, nichts. Eine Transformation des Agrar- und Ernährungssystems kostet laut der Food Systems Economics Commission schätzungsweise 0,2 bis 0,4 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung pro Jahr, die globalen sozioökonomischen Gewinne belaufen sich hingegen auf 5 bis 10 Billionen US-Dollar pro Jahr.¹⁵ In Deutschland verursacht das Agrar- und Ernährungssystem versteckte Kosten in Höhe von mehr als 300 Milliarden US-Dollar – ca. 90 Prozent dieser Folgekosten beruhen auf einer ungesunden Ernährung mit zu vielen stark verarbeiteten Lebensmitteln, tierischen Produkten Fett und Zucker und den damit einhergehenden Erkrankungen und Produktivitätsverlusten.¹⁶ Eine gesündere Ernährungsumgebung mit Fokus auf pflanzlichen und wenig verarbeiteten Produkten ermöglicht die Chance Leben zu retten, Gesundheit zu wahren, Milliarden an Folgekosten zu sparen und leistet dabei einen immensen Beitrag für den Schutz der Natur und Ökosysteme.

Die Situation der Landwirt:innen in Deutschland ist geprägt durch harte Arbeit, lange Tage, wenig Freizeit, geringe Gewinne. Viele erleben fehlende Wertschätzung für den gesellschaftlichen Beitrag, den sie leisten. Orientiert man die Subventionspolitik der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union daran, was die Landwirtschaft für das Gemeinwohl tut, dann müssen die bisher externalisierten Umweltkosten von Agrarproduktion eingepreist und der wichtige Beitrag von landwirtschaftlichen Betrieben zum Umweltschutz angemessen entlohnt werden. Das ist gut für unsere Gesundheit, den Planeten und ein gesellschaftliches sowie finanzielles Zeichen der Wertschätzung für unsere Bäuer:innen.

Wir haben also alle sehr viel zu gewinnen – gesundheitlich, ökologisch und ökonomisch. Das lohnt sich.

¹² [WRI \(2022\): The World Is Growing More Crops – but Not for Food.](#)

¹³ [Ökolandbau.de \(2021\): Der Öko-Landbau leistet viel für die Biodiversität – doch es geht noch besser!](#)

¹⁴ [UBA \(2023\): Themen. Wasser. Grundwasser. Nutzung und Belastungen.](#)

¹⁵ [Food System Economics Commission \(2024\): The Economics of the Food System Transformation. Global Policy Report.](#)

¹⁶ [FAO \(2023\): The State of Food and Agriculture 2023 – Revealing the true cost of food to transform agrifood systems.](#)

Unsere Forderungen

Obwohl die Herausforderungen komplex, ressortübergreifend und nur global mit allen Akteur:innen zu lösen sind, gibt es einige Hebel, die der Bundesregierung zur Verfügung stehen, um sowohl in Deutschland als auch international ihrer Verantwortung gerecht zu werden. In der Agrar-, Ernährungs-, Gesundheits-, Klima-, Entwicklungs-, Außen- und Handelspolitik haben Expert:innen aus der Wissenschaft und Zivilgesellschaft die Lösungen bereits vorgelegt. Sie sind zentrale Schritte auf dem politischen Weg in ein gerechtes Agrar- und Ernährungssystem für gesunde Menschen auf einem gesunden Planeten.

Das Fundament: Biosphäre & Klima

- 1 Landwirtschaft ökologisch & ökonomisch transformieren:** Die Bundesregierung muss planbare Rahmenbedingungen für eine ökologisch und ökonomisch nachhaltigere Landwirtschaft schaffen. Die Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft stellen eine gute Grundlage dar, die mit klaren Zielvorgaben und Maßnahmen umgesetzt werden müssen. Zentral dabei sind biodiversitätsfördernde Agrarökosysteme sowie der attraktive Ausbau landwirtschaftlicher Treibhausgasenken, der nachhaltige Ausbau der Obst- und Gemüseproduktion sowie die Förderung des Leguminosenanbaus, Umbau und Reduktion der Tierhaltung, Honorierung der gesellschaftlichen Umweltleistungen der Landwirtschaft, Förderung einer extensiven bzw. nährstoffärmeren Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen mit drastischer Steigerung der Stickstoffeffizienz.
- 2 Landwirtschaft anpassen:** Die Bundesregierung muss die Landwirtschaft bei der Anpassung an den Klimawandel unterstützen – das gilt in Deutschland, aber insbesondere in einkommensschwachen Ländern. Das beinhaltet die Diversifizierung der Anbausysteme und die Förderung von Pflanzenarten, die an spezifische Standorte angepasst sind. Die Unterstützung von Forschung und Entwicklung neuer Technologien sowie die Optimierung von Lagerhaltungsverfahren sind entscheidend, um auch die Bodengesundheit zu gewährleisten. Informationen, vorhandenes und neues Wissen müssen im globalen Maßstab ausgetauscht und der Zugang zu Beratungsleistungen gewährleistet werden. Lokale Bedürfnisse und indigenes Wissen sind bei alledem von zentraler Bedeutung. Hinsichtlich der Finanzierung dieser Anpassungsmaßnahmen muss Deutschland in der internationalen Klimafinanzierung 2024 eine führende Rolle einnehmen, um das 100-Milliarden-US-Dollar-Ziel zu erreichen und ab 2025 drastisch auszubauen, die Anpassungsfinanzierung bis 2025 zu verdoppeln und ein deutlich ambitioniertes Ziel für den Zeitraum ab 2025 zu entwickeln.
- 3 Nachhaltige Landnutzung fördern:** Die Bundesregierung muss nachhaltige Raum- und Landschaftsplanung zum Kern ihrer Agrarpolitik in Deutschland und weltweit machen. Dies sollte im Rahmen eines integrierten Landschaftsansatzes, wie im WBGU-Gutachten ausführlich vorgeschlagen, geschehen.¹⁷ Dies ist für bevölkerungsreiche Länder in Afrika, die sowohl hohe Nahrungsmittelbedürfnisse haben als auch eine bedeutende Rolle im Artenschutz spielen, besonders wichtig. Nachhaltige Raum- und Landschaftsplanung beinhaltet den Erhalt und Ausbau naturnaher Mosaiklandschaften wie Agroforstwirtschaft sowie Land-Sharing-Ansätze. Es geht darum, multifunktionale landwirtschaftliche Produktionssysteme zu fördern, gesunde Böden zu erhalten, degradierte Böden wiederherzustellen. Darüber hinaus muss die Inwertsetzung ländlicher Räume über die landwirtschaftliche Produktion hinaus nachhaltig gestaltet werden.

¹⁷ [WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen \(2023\): Gesund leben auf einer gesunden Erde.](#)

4 Tierhaltung reformieren: Die Bundesregierung muss die Forderungen des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung umsetzen. Bestehende Tierschutzgesetze müssen eingehalten und mithilfe juristischer Sanktionen durchgesetzt werden. Darüber hinaus müssen nachhaltige Finanzierungslösungen für die Transformation von tierhaltenden Betrieben gefunden werden, bei denen Tierwohl und Umweltschutz im Zentrum stehen. Eine Abgabe auf Lebensmittel tierischen Ursprungs ist notwendig. Die Einnahmen müssen in den Umbau der Tierhaltung und in die langfristige Reduktion des Tierbestandes fließen. Dabei müssen beteiligte tierhaltende Betriebe und ärmere Haushalte, die von steigenden Verbraucherpreisen besonders betroffen sind, finanziell unterstützt werden. Außerdem sollte die Forschung zu und Vermarktung von alternativen Proteinen auf der Basis von Pflanzen, zellulärer Landwirtschaft und Präzisionsfermentation sowie heimischen Agrarrohstoffen zum Einsatz in Futtermitteln gefördert werden.

5 Fischerei und Aquakulturen ökologisch regionalisieren: Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, die Fischerei und Aquakultur weltweit nachhaltiger zu gestalten. Im Kern bedeutet das, ökosystemgerechte Fangmethoden umzusetzen und Fangverbote besser durchzusetzen. Die Umweltbelastungen durch Aquakultur müssen verringert werden. Subvention für die Industriefischerei müssen gezielt abgebaut werden. In einkommensschwachen Ländern sollte eine *Blue Economy* im Sinne nachhaltiger Nutzung der Meeresressourcen zum Erhalt von Ökosystemen und eines ausreichend Lebensunterhalts gefördert werden, die speziell kleine, lokale fischverarbeitende Betriebe fördert. Kleinfischerei und Küstenfischerei sollte ebenfalls gestärkt werden.

Der soziale Zusammenhalt: Gesellschaft & Mensch

1 Ernährungsstrategie konsequent umsetzen und ausbauen: Die Bundesregierung hat im Januar ihre neue Ernährungsstrategie „Gutes Essen für Deutschland“ beschlossen. Es werden begrüßenswerte Ziele formuliert, es fehlen aber konkrete Maßnahmen, Zielvorgaben und Finanzierungsmöglichkeiten. Dafür gibt es zahlreiche Vorschläge. Folgend sind einige entscheidende Maßnahmen aufgelistet, die auf den gängigen Forderungen zivilgesellschaftlicher und wissenschaftlicher Akteur:innen beruhen.

2 (Klima-)gesunde Gemeinschafts- & Außer-Haus-Verpflegung etablieren: Analog zu den Empfehlungen des Bürgerrats „Ernährung im Wandel“ ist die Bundesregierung dazu angehalten die Gemeinschafts- und Außer-Haus-Verpflegung (GV & AHV) gesundheitsförderlich und nachhaltig zu gestalten. Die Nahrungsmittelversorgung und -verarbeitung sowie Ernährungsumgebungen in der GV und AHV sollte hin zu einer gesundheits-, klima- und biodiversitätsförderlichen umgebaut werden. Dabei sollte der Fokus auf regionale, ökologisch nachhaltigere Produkte gelegt, der Anteil an Bio-Produkten in der GV gesteigert und Vergaberichtlinien entsprechend angepasst werden. Bei der GV sind sozialverträgliche Preise besonders wichtig.

3 Mehr Bildung für (klima-)gesunde Ernährung ermöglichen: Die Bundesregierung muss flächendeckende Bildungsmaßnahmen in allen Lebenswelten fördern (inkl. Schul-, Aus-, Weiter-, Fortbildung für Multiplikator:innen und relevante Berufsgruppen - von Landwirt:innen bis hin zu Köch:innen und Gesundheitsberufen) und diese Neuausrichtung mit zielgruppenorientierten Aufklärungskampagnen begleiten. Diese müssen Wissen über gesunde und nachhaltige Ernährung sowie nachhaltige ökologische Landwirtschaft sowie deren Vorteile für die jeweilige Zielgruppe vermitteln. Darüber hinaus sollten diese Bildungsmaßnahmen die Entwicklung einer handlungsorientierten planetaren Gesundheitskompetenz unterstützen. Diese Kompetenz befähigt die Verbraucher:innen, Landwirt:innen und andere relevanten Berufsgruppen, nachhaltige Entscheidungen bei der Produktion, Auswahl und Zubereitung von Lebensmitteln zu treffen und diese Entscheidungen in die Praxis umzusetzen.

- 4 Ungesunde Werbung regulieren:** Die Bundesregierung sollte sich für eine Regulierung der Werbemaßnahmen für ungesunde und umweltschädigende Lebensmittel, insbesondere jene, die sich an Kinder richten, einsetzen. Die geplanten Maßnahmen der Ernährungsstrategie zum Verbot von Werbung in Sendungen für Kinder und Jugendliche müssen konsequent umgesetzt werden. Insbesondere in den öffentlich-rechtlichen Medien kann die Werbung für gesundheitsschädliche und nicht nachhaltige Lebensmittel schnell begrenzt werden.
- 5 Forschung & Innovation fördern:** Die Bundesregierung muss die Forschungsinfrastruktur für ein nachhaltiges und gerechtes Agrar- und Ernährungssystem fördern. Dies beinhaltet mehr Forschung zu nachhaltiger Nahrungsmittelproduktion, zukunftsfähiger Landbewirtschaftung, zur Förderung alternativer Proteine sowie der Resilienz von proteinhaltigen Pflanzen wie Kichererbsen und Nüssen zur Verringerung von Lebensmittelverschwendung, Optimierung logistischer Prozesse, Unterstützung eines gesunden Lebensmittelkonsums und Entwicklung nachhaltiger Ernährungsweisen. Die Einführung und Nutzung digitaler Technologien in der Landwirtschaft kann erhebliche Effizienzsteigerungen mit sich bringen. Der Technologie- und Wissenstransfer an und mit Landwirt:innen in Deutschland sowie auch Kleinbäuer:innen in einkommensschwachen Ländern spielt dabei eine entscheidende Rolle. Staatliche Investitionen sind bei alledem unerlässlich.
- 6 Multilateralismus für Ernährungssicherheit und -souveränität stärken:** Die Bundesregierung muss ihr Engagement in multilateralen Systemen und Organisationen für nachhaltige Landwirtschaft und Ernährung wie dem Welternährungsausschuss der Vereinten Nationen (CFS), FAO, WFP und dem Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) erhöhen und sich für menschenrechtsbasierte, klimaresiliente und agrarökologische Strategien für Ernährungssicherheit und -souveränität einsetzen. Auch in den internationalen Klimaverhandlungen (UNFCCC) muss die Bundesregierung einen Fokus auf gerechte und nachhaltige Agrar- und Ernährungssysteme setzen. Diese Zielsetzung sollte ebenso in informellen, zwischenstaatlichen Zusammenschlüssen wie der G7 und G20 verfolgt werden.
- 7 Konfliktprävention ins Zentrum stellen:** Die Bundesregierung muss ihre Bemühungen und Unterstützung für die Verhütung und Lösung von Gewaltkonflikten verstärken und darf ihre Finanzierung von Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe nicht weiter kürzen. Die Wechselwirkungen von Konflikten und Ernährungssicherheit sind vielschichtig und werden häufig unterschätzt.

Die wirtschaftliche Teilhabe: Ökonomie & Konsum

- 1 Regionale Betriebe fördern:** Die Bundesregierung sollte stärker lokal und regional verankerte Ernährungs- und Agrarsysteme fördern, um auf regionaler und lokaler Ebene die Interessen von Kleinbäuer:innen gegenüber großen Agrar- und Lebensmittelkonzernen zu stärken, Importabhängigkeiten abzubauen und lokale Ernährungssicherheit zu fördern. Dabei sollte die Verbesserung der Chancen von kleineren landwirtschaftlichen Betrieben mit Fokus auf agrarökologischer Produktion im Vordergrund liegen. Die Diversifizierung nachhaltiger Geschäftstätigkeiten, neue Geschäftsmodelle und Eigentumsformen, Zugang zu Saatgut, wissenschaftlichen Erkenntnissen und Technologien, regionale, tierwohlkonforme Verarbeitungs- und Vertriebsstrukturen sollten im Mittelpunkt stehen. Außerdem muss der Gewinn entlang globaler Lieferketten gerechter verteilt werden.
- 2 Faire Löhne & Preise für Landwirt:innen schaffen:** Die Bundesregierung muss die Bedingungen für faire Erzeuger:innenpreise und existenzsichernde Löhne in der Landwirtschaft schaffen, sowohl in Deutschland als auch global. Die Lebensmittelpreise müssen die sozialen und ökologischen Kosten der landwirtschaftlichen Produktion, Verarbeitung, des Vertriebs, des Einzelhandels und des Konsums widerspiegeln und sollten andererseits ärmere Menschen nicht davon abhalten, sich für gesunde Lebensmittel zu entscheiden. Gleichzeitig muss dabei sichergestellt werden, dass gesunde und nachhaltige Lebensmittel für alle Gesellschaftsgruppen erschwinglich sind.
- 3 Besteuerung klug umstrukturieren:** Die Bundesregierung muss auf der Konsumseite besonders zucker-, fett- oder salzhaltige Lebensmittel sowie klima- und umweltschädliche Lebensmittel höher besteuern, beispielsweise tierische Lebensmittel. Auf der anderen Seite muss auf besonders gesunde und nachhaltige Lebensmittel wie Obst, Gemüse oder Hülsenfrüchte eine dauerhafte Mehrwertsteuersenkung oder -abschaffung eingeführt werden. Außerdem sollte eine Übergewinnsteuer auf große Agrar-, Lebensmittel-, Handels- und Düngemittelkonzerne in Betracht gezogen werden.
- 4 GAP & Agrarsubventionen am Gemeinwohl orientieren:** Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass in der GAP für den Zeitraum 2027-2030 der Anteil der Eco-Schemes erhöht wird, die zur Verfügung stehenden Geldmittel möglichst ausschließlich für den Umbau der Landwirtschaft hin zu nachhaltigen Produktionssystemen genutzt werden und pauschale flächengebundene Direktzahlungen schrittweise hinzu gemeinwohlorientierten Leistungen umgewandelt werden. Aktuell sind GAP-Prämien für Umweltschutz so konzipiert, dass sie nur den entgangenen Ertrag kompensieren. Diese Prämien sollten erhöht werden, sodass Landwirte mit Umweltleistungen auch Einkommen generieren können. Neben der GAP müssen auch andere umweltschädliche Subventionen überdacht werden.